

LAG NRW fordert gesellschaftliches Umdenken beim Thema Sorgearbeit!

Die LAG kommunaler Frauenbüros/ Gleichstellungsstellen NRW (LAG NRW) traf sich am Mittwoch, den 07.10.2020 zur Mitgliederversammlung in Hamm. Der knapp 400 Mitglieder umfassende Dachverband versteht sich als Sprachrohr der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen, Kreisen und Gemeinden in NRW.

Das Schwerpunktthema der Mitgliederversammlung war der Vortrag von Frau Prof. Dr. Simone Leiber (zugeschaltet per Video) von der Universität Duisburg, mit dem Titel "Care Arbeit nach Corona gestalten: Zukunftsperspektiven für häusliche Pflege".

Dass beim Thema Sorgearbeit ein Umdenken stattfinden muss, sei nicht erst seit der Corona-Pandemie bekannt. Elisabeth Wilfert (Stadt Düsseldorf/ Sprecherin der LAG NRW) verdeutlicht, dass „Frauen nach wie vor die Hauptlast bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit tragen. Der ‚gender care gap‘, der z.B. die Verteilung von Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern misst, ist im Zuge von Corona massiv gestiegen“. "Diese Last" pflichtet Yvonne Tertilt-Rübo (Stadt Kleve/ Sprecherin der LAG NRW) ihrer Kollegin bei, „macht sich ganz klar finanziell bemerkbar: Wer für wenig oder kein Geld arbeitet, ist schlecht abgesichert.“ „Spätestens die Erfahrungen im Zuge der Corona-Pandemie muss eine faire Verteilung und eine materielle Aufwertung von Sorgearbeit nach sich ziehen, die sich für in Sorgeberufen Tätige ebenso finanziell bemerkbar macht wie für pflegende Angehörige“, fasst Monika Björklund (Stadt Beckum/ Sprecherin der LAG NRW) zusammen.



Die LAG NRW ist Erstunterzeichnerin des Equal Care Manifests, das im Mai 2020 veröffentlicht wurde und von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen getragen wird. (zu finden unter <https://equalcareday.de/manifest/>).

Andrea Rupp, (Vorsitzende des Deutschen Juristinnenbunds NRW) und Mitglied im Frauenrat NRW und Dr. Ursula Sautter, Vizepräsidentin UN Women Deutschland, stellten die Arbeit ihrer jeweiligen Organisationen vor. Die Beschlüsse wurden gefasst, dem Deutschen Frauenrat NRW und den UN Women Nationales Komitee Deutschland beizutreten. Diese starken Netzwerkpartnerschaften ermöglichen es jetzt, gemeinsam die Stimmen von mehr als 9 Millionen Frauen in NRW zu vertreten. Ein Eilbeschluss gegen die Ausweitung der 450€ Minijob Verdienstgrenze, wurde beschlossen. Drei neue Sprecherinnen wurden für eine Amtszeit von 2 Jahren gewählt aus den NRW Städten Dortmund, Witten und Goch.



Der Bürgermeisterin der Stadt Hamm, Ulrike Wäsche, und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Hamm, Uta Weischenberg, galt der besondere Dank aller Anwesenden für die Bereitstellung der großzügigen Räumlichkeiten.

Moderiert wurde die Veranstaltung durch Monika Björklund (Stadt Beckum) und Yvonne Tertilt-Rübo (Stadt Kleve).